



## Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

40219 Düsseldorf, den 1. Dezember 2003

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

die Resonanz auf den Brief, den ich Ihnen im Sommer geschrieben hatte, war groß. Viele von Ihnen haben mit ihrer Kritik, auch sehr deutlichen Kritik, nicht hinter dem Berg gehalten. Mich hat diese große Resonanz dennoch gefreut. Ich bin insgesamt in der Überzeugung bestärkt, dass es gut ist, weiter mit offenem Visier für den Kurs der Landesregierung zu werben. Ich will mich deshalb am Ende dieses ereignisreichen Jahres noch einmal an Sie wenden.

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett habe ich immer wieder um Entscheidungen gerungen, damit unser Land Nordrhein-Westfalen ein guter Platz zum Leben, zum Arbeiten, zum Wirtschaften und Investieren, zum Wohnen und Zuhausesein bleibt. Wir haben in diesem Jahr viel für unser Land erreicht, denken Sie nur an die Schul- und Bildungspolitik - vor allem an den Ausbau des Ganztagesangebots.

Die Arbeit der Landesregierung bliebe aber ohne Wirkung, wenn sie nicht von Ihnen in konkretes Handeln umgesetzt würde. Sie tun das, indem Sie in den Behörden, in den Schulen und Hochschulen, bei der Polizei, in Krankenhäusern, im Strafvollzug und vielen anderen Teilen der Landesverwaltung tagtäglich erfolgreiche Arbeit leisten. Auf diese engagierte Arbeit können Sie, darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

Für Ihren an vielen Stellen weit überdurchschnittlichen Einsatz danke ich Ihnen, um diesen Einsatz in Zukunft bitte ich Sie auch weiterhin. Und ich gehe noch weiter: Ich erbitte Ihre uneingeschränkte Leistungsbereitschaft trotz der beschlossenen Kürzungen, die mit der Auszahlung des reduzierten Weihnachtsgeldes in diesen Tagen für alle Beamten bereits spürbar geworden sind.

Vermutlich hätte auch ich mich an Ihrer Stelle über die getroffenen Entscheidungen geärgert. Ich möchte aber auf Eines hinweisen: So schmerzlich die Einschnitte im öffentlichen Dienst auch sind: Opfer müssen alle gesellschaftlichen Gruppen bringen. Mit Ausnahme der Schule verlangt die Landesregierung von allen einen Beitrag, wie ein Blick auf den Haushalt 2004/2005 belegt. Über 40 Prozent der Ausgaben des Landes sind Personalausgaben. Von den nun geplanten Einsparungen entfällt auf diese Personalausgaben ein deutlich unterproportionaler Teil von rund 25 Prozent. Das heißt im Umkehrschluss: Zu 75 Prozent kommt der notwendige Konsolidierungsbetrag aus Bereichen, die nicht den Personalkosten zuzurechnen sind.

Sie können mir glauben, dass der Landesregierung die notwendigen Einschnitte überaus schwer gefallen sind. Sie alle wissen von den zum Teil heftigen Protesten, die unser Haushaltsentwurf landesweit ausgelöst hat, angefangen von den Wohlfahrts- und Wirtschaftsverbänden bis hin zu Frauenhäusern und Kindergärten, um nur einige der betroffenen Bereiche zu nennen. Es gab und gibt aber zu diesem Konsolidierungskurs keine vertretbare Alternative. Eine noch höhere Neuverschuldung ginge voll zu Lasten unserer Kinder und Enkel – und das kann niemand ernsthaft wollen.

Ich erwarte nach diesen Feststellungen gewiss kein Schulterklopfen. Ich werbe aber unverdrossen um Ihre Bereitschaft, gemeinsam einen schweren Weg weiter zu gehen. Wir müssen ihn gehen, um die Handlungsfähigkeit des Staates auch in Zukunft zu sichern. Wir müssen den Anstieg der viel zu hohen Schulden der öffentlichen Hand so gering wie nur möglich halten und – mehr noch – auch ihren Abbau in den Blick nehmen. Nur so werden wir künftig deutlich mehr in Bildung, Wissenschaft, Ausbildung, Forschung, das heißt in die Zukunft investieren können.

Der Blick in benachbarte Bundesländer zeigt übrigens, dass die Haushaltslage dort zu ganz ähnlichen Kürzungen zwingt. Das belegt, dass es der Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht darum geht, einzelne Gruppen zu verprellen oder schlechter zu stellen, sondern dass es allein darum geht, in finanziell sehr schwieriger Zeit die Haushalte unter Kontrolle zu halten.

Natürlich stimmt es, das sage ich selbstkritisch, dass die Politik die Notwendigkeit zum Umsteuern erstens spät, zu spät erkannt und sie zweitens den Menschen unzureichend erklärt hat. Jetzt haben wir mit den schwierigen Folgen zu kämpfen. Mein Amt verpflichtet mich, auch bei Gegenwind das Nötige zu tun. Sie sollten niemandem glauben, der Ihnen verspricht, es gebe eine bequemere Alternative zu dem Weg, den ich hier skizziere. Der eingeschlagene Weg wird uns, wenn wir ihn jetzt entschlossen und gemeinsam beschreiten, am Ende wieder auf festeren Boden führen.

Ich möchte Sie im Interesse der Zukunft unseres Landes noch einmal sehr herzlich darum bitten, die Landesregierung auf diesem Weg zu begleiten und zu unterstützen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein schönes Weihnachtsfest und einen hoffnungsvollen Eintritt in das neue Jahr.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peer Steinbrück', written in a cursive style.

Peer Steinbrück